
DIE WOHLSTANDSVERTEILUNG IN DER SCHWEIZ

Rezension von: Urs Ernst, Die Wohlstandsverteilung in der Schweiz, Stand und Entwicklung der Personellen Einkommens- und Vermögensverteilung, Verlag Rüegger, Diessenhofen 1983. 417 Seiten mit 146 Tabellen und 18 Abbildungen.

Das im Untertitel angegebene Ziel, also eine Beschreibung von „Stand und Entwicklung der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung“ in der Schweiz zu geben, wäre wohl zu hoch gesteckt und sicher nicht in einer Arbeit, wahrscheinlich auch nicht in mehreren zu erreichen. In der Einleitung wird deshalb schon wesentlich kürzer getreten, wenn als Hauptziel der Studie angegeben wird, „durch die Erarbeitung von statistischen Fakten... einen Beitrag zur Versachlichung von Verteilungsfragen zu leisten.“ (S. 1)

Und tatsächlich schwankt man beim Durcharbeiten des Buches zwischen diesen doch weit auseinanderliegenden Ansätzen: Einerseits sind aufgrund der Natur von Vermögens- und Einkommensdaten und -statistiken präzisen und aussagekräftigen Arbeiten auf diesem Gebiet enge Grenzen gesetzt, andererseits spürt man von der ersten Seite an die Ambitionen des Autors, doch das Unmögliche schaffen zu wollen, nämlich die im Untertitel angegebene umfassende Darstellung nicht nur der Einkommensverteilung, sondern auch gleichzeitig der Vermögensverteilung und nicht nur des Standes, sondern auch der historischen Entwicklung.

Diesem umfassenden Anspruch ent-

spricht auch der erste Teil des Buches, der eine äußerst detaillierte Beschreibung der theoretischen und methodischen Grundlagen der Wohlstandserfassung und der Ungleichheitsmessung enthält. Im zweiten Teil wird versucht, ein aus theoretischer Sicht wünschbares und ein realisierbares empirisches Konzept, also Datenbasis und Untersuchungsmethoden zu finden. Im eigentlichen Kernstück, dem dritten Teil, werden die empirischen Ergebnisse präsentiert. Diesem folgt als vierter Teil ein Anhang mit umfangreichem Tabellenteil.

I.

Der erste Teil, also das Grundlagen-Kapitel, versucht einleitend eine Definition des Wohlstandsbegriffes zu geben. Wie nicht anders zu erwarten, kommt der Autor zu dem Schluß, man müsse sich dabei auf materielle, in Geldeinheiten meßbare Lebensbedingungen beschränken, womit also Begriffe wie etwa Sicherheit und Arbeitsfreude ausgeklammert werden. Da auch nichtmonetäre öffentliche Leistungen (z. B. Ausgaben für Landesverteidigung) nicht erfaßt werden können, reduziert sich der Wohlstandsbegriff auf Einkommen und Vermögen. Aber selbst bei diesen beiden Größen müssen Abstriche gemacht werden.

Nicht erfaßbare Einkommensbestandteile wären etwa Lohnnebenleistungen (Werksküche, werksinterne Bildungs- und Freizeitzentren, Dienstwagen etc.). Ebenso fallen durch steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten v. a. bei Selbständigen, zahlreiche nicht realisierte Wertänderungen des Vermögens sowie nicht unbedeutende Einkommen durch Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung durch den Rost.

Weiters wird als Wohlstand die Versorgungslage mit materiellen Gütern zu einem bestimmten Zeitpunkt definiert, sodaß das Konzept des Lebens-einkommens von untergeordneter Bedeutung bleibt. Die staatliche Umverteilung wird an der Primärinzidenz-

stufe gemessen, also nur an der sichtbaren Oberfläche, wobei die durchschnittliche Einkommen- und Vermögenssteuerbelastung nach Dezilen zugrundegelegt wird.

Zur Abgrenzung des Vermögensbegriffs werden unterschiedliche Vermögensarten, nämlich steuerliche Aktiva (Immobilien, Betriebsvermögen, Beteiligungspapiere, Geldforderungen, Vermögen bei Personengesellschaften, Guthaben bei Lebensversicherungen), Arbeitsvermögen, Gebrauchsvermögen, (dauerhafte Konsumgüter), öffentliche Vermögen und Sozialversicherungsansprüche in einer Matrix mit den Anforderungen an einen aussagekräftigen Vermögensbegriff (Dispositionsmöglichkeit, Vererbbarkeit, intertemporärer Ausgleich des Lebensstandards, Vorsorge für Notfälle, Begründung individueller Macht, Substanzerhaltung bei Inflation) gegenübergestellt. Das Ergebnis der Gegenüberstellung überrascht nicht: In einer personellen Wohlstandsverteilungsanalyse können nur die steuerlich erfaßten Vermögen herangezogen werden, und diese nur unter all den bekannten Einschränkungen der Aussagekraft von Steuerdaten.

Auch eine Reihe statistischer Meßzahlen wird nach ihrer Tauglichkeit untersucht, der Autor entscheidet sich für den Gini-Koeffizient, daneben bedingt für das Maß von Atkinson und die Darstellung in Quantilen.

II.

Der zweite Teil stellt die empirische Konzeption der Untersuchung dar. Als Datenbasis erweisen sich von den gesamtschweizerischen Statistiken zur personellen Einkommens- und Vermögensverteilung nur die periodischen Statistiken der Wehrsteuer als brauchbar. Die besonderen Schwierigkeiten dabei sind die Existenz von Freigrenzen, eine Verzögerung von sechs Jahren bis zur Veröffentlichung, sowie die Tatsache, daß die letzten verfügbaren Vermögensdaten aus

dem Jahre 1957 (!) stammen. Die Suche nach einer realisierbaren Untersuchungsmethode mit realistischen Ergebnissen ergab eine konzeptionelle Zweiteilung:

Erstens werden amtliche Statistiken aufbereitet und ausgebaut. Als Grundlagen werden für die Einkommensverteilung die Wehrsteuerstatistiken 1955/56 und 1973/74 sowie für die Vermögensverteilung eine nicht publizierte Untersuchung der eidgenössischen Steuerverwaltung herangezogen, welche 1969 im Zusammenhang mit einer Steueramnestie erstellt wurde.

Zweitens wurde in den repräsentativen Kantonen Zürich, Bern und Waadt eine Stichprobenuntersuchung durchgeführt, die im wesentlichen eine Statistik über die Einkommensverteilung im Jahr 1978 ergab, die sich mit den Statistiken von 1955/56 und 1973/74 verknüpfen läßt, sowie eine Vermögensstatistik für den 1. Jänner 1979, die mit der aufbereiteten Statistik von 1969 vergleichbar ist.

III.

Trotz aller methodologischen Abhandlungen bilden wohl die empirischen Ergebnisse der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung das Kernstück der vorliegenden Arbeit. Da absolute Beträge in Schweizer Franken ohne Angabe von Kaufkraftparitäten dabei ohne wesentliches Interesse für Nicht-Schweizer-Leser sind, sollen hier weniger absolute als relative Ergebnisse widergegeben werden. Diese sind, in zusammenfassenden Stil:

- Der 19 Prozent über dem Modalwert liegende Einkommensmittelwert liegt 1978 bei 39.800 Franken; 10 Prozent aller Steuerpflichtigen verfügen vor Steuerabzug über ein Einkommen von weniger als 12.800 sFr. pro Jahr, wobei dieses Dezil 1,9 Prozent des gesamten Nettoeinkommens erhält. Die obersten 10 Prozent (über 65.900 sFr.) beziehen 27 Prozent des gesamten Einkom-

mens. Nach Abzug der Einkommens- und Vermögenssteuer zeigt sowohl der Gini-Koeffizient als auch das Maß von Atkinson ein egalitäreres Bild.

- Der Gini-Koeffizient für die Verteilung des Vermögenseinkommens ist im Vergleich zur Verteilung des gesamten Nettoeinkommens rund doppelt so hoch: die obersten fünf Prozent der Steuerpflichtigen beziehen rund zwei Drittel des gesamten Vermögenseinkommens, die obersten zwei Prozent über die Hälfte. Anhand der durchschnittlichen Nettorendite des Wertschriftenvermögens wird gezeigt, daß dieser Effekt auf mit dem Vermögensniveau steigende Renditen zurückzuführen ist.
- Die sozioökonomische Struktur des untersten Quantils 1978 zeigt, daß die ärmsten 20 Prozent der Steuerpflichtigen zu 67 Prozent aus Nicht-Aktiven bestehen. Die Rentner sind dabei mit knapp 45 Prozent anteilmäßig doppelt so stark vertreten wie in der Grundgesamtheit der Steuerpflichtigen. Im Bereich der hohen und höchsten Einkommen ist anhand der Zusammensetzung der reichsten 10 und 5 Prozent eine trendmäßige Zunahme in erster Linie der Selbständig-erwerbenden auf Kosten der Arbeitnehmer auszumachen.
- Innerhalb der Gruppe Selbständig-erwerbender ist eine im Vergleich zur Grundgesamtheit aller Steuerpflichtigen hohe Verteilungsungleichheit zu bemerken, da hier Kleinunternehmer, Handwerker und kleine Landwirte hochbezahlten Fachspezialisten, Großfabrikanten, Großgrundbewirtschaftenden und vor allem Freiberuflern im Gesundheits-, Rechts- und Beratungswesen gegenüberstehen.
- Ein Vergleich der sozialen Gruppen zeigt, daß das Einkommen der Arbeitnehmer deutlich egalitärer verteilt ist als bei den Rentnern, und dies wiederum egalitärer als bei

den Selbständigen.

- Die Berücksichtigung der Wirkung der Einkommens- und Vermögenssteuern auf die personelle Einkommensverteilung ergibt einen progressiven Effekt, konkret eine Verteilung vom obersten Dezil zu den unteren acht Dezilen.
- Innerhalb der unselbständig Beschäftigten weist der öffentliche Sektor ein im Vergleich zur Privatwirtschaft sowohl höheres Lohnniveau als auch eine gleichmäßigere Verteilung auf. Innerhalb des privaten Sektors sind die Löhne und Gehälter im sekundären Sektor gleichmäßiger verteilt als im tertiären Sektor. Die Lohn disparität ist dabei bei Frauen etwas größer als bei Männern.
- Die Schätzung der Vermögen beruht auf einer Untersuchung, bei der ein fiktiver Verkehrswert von Liegenschaften mit 150 Prozent des Steuerwertes angenommen wird. Die obersten 10 Prozent der Steuerpflichtigen verfügen demnach über zwei Drittel des Gesamtvermögens, das oberste Prozent verfügt über 30,8 Prozent des Vermögens. Die Klasse der Vermögenslosen bzw. der Besitzer von Kleinstvermögen bis 5000 sFr. setzt sich dabei vorwiegend aus Arbeitnehmern zusammen.
- Die Einbeziehung der kapitalisierten Vermögensansprüche an die Sozialversicherung ergibt eine deutliche Nivellierung der Verteilung, wobei natürlich die Ergebnisse nicht im Sinne von statistisch exakten Meßdaten, sondern als ungefähre Dimensionen von Orientierungsgrößen zu verstehen sind.
- Aus der durchschnittlichen Höhe des Nettovermögens in den einzelnen Einkommensquantilen ist ersichtlich, daß das durchschnittliche Nettovermögen mit dem Einkommensniveau deutlich ansteigt. 10,5 Prozent der Steuerpflichtigen (ca. 280.000 Personen) verdienten 1978 weniger als 19.700 sFr. und

besitzen weniger als 14.000 sFr. Vermögen. Acht Prozent (ca. 218.000 Personen) liegen sowohl bezüglich Einkommen als auch Vermögen im obersten Quintil. Sie konzentrieren dabei 21,7 Prozent des Nettoeinkommens und 53,3 Prozent des Nettovermögens auf sich. Das unterste Quintil besteht (außer Jugendlichen wie Schülern und Lehrlingen) vor allem aus Arbeitnehmern und Rentnern, im obersten Quintil sind besonders Rentner überrepräsentiert.

- Die dynamische Betrachtung der Einkommen, genauer deren Entwicklung zwischen 1955/56 und 1978 zeigt eine deutliche Nivellierungstendenz, der Gini-Koeffizient ging von 0,51 auf 0,41 zurück. Trotz dieser Abnahme der relativen Einkommenskonzentration wurden durch das absolute Einkommenswachstum auch die absoluten Abstände zwischen den Einkommen erheblich größer.
- Die Nivellierungstendenz der Einkommen verlief nicht stetig. Bis 1965/66 trat eine leichte Entnivellierung ein. In der Phase bis 1973/74 eine starke Nivellierung, die sich danach nur mehr abgeschwächt fortsetzte. Als wesentlichster Bestimmungsgrund für die Nivellierung wird vom Autor die Strukturverschiebung von den Selbständigen zu den Rentnern angegeben.
- Durch eine leicht ansteigende progressive Umverteilungswirkung der Steuern erscheint der Nivellierungsprozeß bei den Einkommen nach Steuerabzug geringfügig verstärkt.
- Die Entwicklung der personellen Vermögensverteilung im Zeitablauf (1969–1979) zeigt eine leichte Umschichtung vom obersten Dezil zu den unteren Vermögensklassen, wobei der Autor bloß Änderungen von gruppenspezifischem Sparverhalten als Ursache vermutet.
- Der Einfluß von Konjunkturschwankungen auf den Wohlstand

soll durch eine nähere Analyse der Periode 1974 bis 1978 untersucht werden. In dieser Periode konnten 54 Prozent der Steuerpflichtigen eine relative Verbesserung ihrer Einkommensposition erzielen. Zwei Fünftel sind bezüglich ihres Nettoeinkommens 1978 real schlechter gestellt als 1974.

- Während das durchschnittliche Nettoeinkommen vor Steuerabzug bei den Arbeitnehmern von 1974–1978 real um 8,1 Prozent zunahm (Bestätigung des antizyklischen Verlaufs der Lohnquote), fallen die Durchschnittseinkommen der Rentner um 6,1 Prozent, der Selbständigen um 6 Prozent.
- Innerhalb der unselbständig Beschäftigten waren die Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor weit weniger vom Konjunktureinbruch betroffen als im Gesamtdurchschnitt. Im sekundären Sektor mußten zwei Fünftel der Arbeitnehmer Realeinkommensverluste hinnehmen, und knapp 60 Prozent verzeichneten unterdurchschnittliche Lohnzuwächse.

IV.

Ein erster Ansatzpunkt der Kritik an der vorliegenden Arbeit liegt wie bei fast allen ähnlichen Arbeiten in der Natur der Datenbasis. Der Informationsverlust durch die Verwendung von Steuerstatistiken, die vor allem bei Selbständigen und Landwirten wesentliche Einkommens- und Vermögensbestandteile nicht erfassen, führt zu einem unrealistisch egalitären Bild.

Weiters ist kritisch anzumerken, daß der hohe methodologische Aufwand zu relativ bescheidenen und erwarteten Ergebnissen führt. Überhaupt beschränkt sich die Arbeit, wie aus dem vorigen Abschnitt ja ersichtlich sein dürfte, vorwiegend auf die Auflistung von Daten, aufbereitet durch quantilsmäßige Betrachtung und Berechnung von Gini-Koeffizienten. Eine inhaltliche Analyse der ge-

wonnenen Daten bleibt weitgehend ausgespart. Symptomatisch dafür ist ein Zitat aus dem Kapitel, das die Entwicklungen der Periode 1974–1978 untersucht: „Mit diesem methodischen Ansatz kann zwar nicht erklärt werden, inwiefern die beobachteten Prozesse direkt auf die Krise und die daran anschließende Konsolidierungsphase zurückzuführen sind, jedoch können aufgrund dieser Fallstudie Daten gewonnen werden, die als Basismaterial zur Erstellung neuer oder Überprüfung bestehender Hypothesen dienen können.“ (S. 226)

Daß der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit nicht unbedingt in erleuchtenden Ergebnissen, sondern eher in der Art der Erstellung der Datenbasis liegt, ist allerdings kein großes Manko. Denn erstens enthält die umfassende Beschreibung der methodischen Grundlagen der Wohlstandsverteilungsanalyse und der Aufbereitung der Statistiken – natürlich unter Berücksichtigung der schweizerischen Spezifika – eine Fülle wertvoller Anre-

gungen für zukünftige Arbeiten, und zweitens wird ein äußerst umfangreiches Zahlenwerk präsentiert, das trotz aller oben erwähneter Einschränkungen der Aussagekraft für weiterführende Analysen verwendet werden kann. Dabei ist vor allem die Zusammenführung von Einkommens- und Vermögensdaten zu erwähnen, die beispielsweise eine Untermauerung der in der laufenden österreichischen Verteilungsdiskussion nicht unwesentlichen These ergibt, daß die Einkommen aus Besitz von Vermögen nur zum geringsten Teil den unselbstständig Beschäftigten zufließen.

Abgesehen von diesen speziellen positiven Aspekten der vorliegenden Arbeit sei noch darauf hingewiesen, daß die Einkommens- und Vermögensverteilung nach wie vor international ein solch unerschlossenes Gebiet darstellt, daß ohne besondere weitere Legitimation fast jede Arbeit auf diesem Gebiet als wertvoller Beitrag zu bezeichnen ist.

Thomas Delapina